GHR TaxPage – Juli 2016

Steuroptimierte Vorsorgeplanung

Einleitung

Die Frage der Finanzierung der Altersvorsorge gewinnt durch die demographische Entwicklung an Bedeutung. Der Erhalt des Lebensstandards im Alter, finanziert durch die obligatorische Vorsorge (Säule 1 und 2a), ist zunehmend in Frage gestellt. Dementsprechend gewinnt die freiwillige Vorsorge (Säule 2b und 3) an Bedeutung. Sie wird durch steuerliche Privilegien gefördert.

Berufliche Vorsorge (Säule 2)

Der maximal anrechenbare AHV-Lohn beträgt für Angestellte CHF 84'600 (Säule 2a; Stand 2016). Unter Berücksichtigung eines sog. Koordinationsabzuges von CHF 24'675 beträgt der maximal obligatorisch versicherbare BVG-Lohn CHF 59'925. Das Minimum des versicherbaren Lohns beträgt CHF 3'525 bei einem Lohn von CHF 21'150 (sog. BVG Eintrittsschwelle). In diesem obligatorischen Bereich müssen sich Arbeitgeber *mindestens* zur Hälfte an den Beiträgen beteiligen. Abweichende Regelungen zugunsten des Arbeitnehmers sind möglich.

Jahreseinkommen über dem maximal anrechenbaren AHV-Lohn oder aber unter der BVG-Eintrittsschwelle können durch eine überobligatorische berufliche Vorsorge (Säule 2b) versichert werden. Die Einzelheiten werden in einem Vorsorgereglement festgehalten. Damit können Angestellte im überobligatorischen Bereich unter Beachtung gewisser Regeln privilegiert werden (sog. Kaderversicherung). Die Finanzierung der Versicherungsprämien kann vollständig durch den Arbeitgeber übernommen werden. Damit reduziert sich einerseits der steuerbare Gewinn des Unternehmens, andererseits wird die spätere Vorsorgeleistungen beim Arbeitnehmer privilegiert besteuert. Es kann somit für das Unternehmen sinnvoll sein, den Lohn ihrer Mitarbeiter etwas tiefer anzusetzen, um im Gegenzug einen höheren Beitrag an das BVG zu leisten. Solche Absprachen sind in jedem Fall mit der Steuerverwaltung abzusprechen.

Einkäufe in die Pensionskasse können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Die Höhe der Einkäufe ist gesetzlich beschränkt und wird von den Vorsorgeeinrichtungen im Einzelfall berechnet.

Wurden in der Vergangenheit Vorbezüge für die Wohneigentumsförderung getätigt, sind diese vollständig zurückzuführen, bevor Einkäufe getätigt werden können. Bei der Eigenheimfinanzierung lohnt es sich deshalb, zu prüfen, ob zur Sicherstellung eine *Verpfändung* des BVG-Guthabens anstelle des *Bezugs* von BVG-Kapital sinnvoll wäre. Bestehen hingegen Lücken infolge einer Scheidung, sind die Einkäufe trotzdem steuerlich abzugsfähig. Nach erfolgten Einkäufen darf während dreier Jahre kein Kapitalbezug erfolgen. Andernfalls wird nachträglich die steuerliche Abzugsfähigkeit verweigert und der Kapitalbezug aus Vorsorge der ordentlichen Einkommenssteuer unterworfen.

Selbständig Erwerbende können sich freiwillig einer Vorsorgeeinrichtung anschliessen, wobei die Hälfte der Beiträge vom Lohn und damit vom Wohnsitzkanton zugelassen werden muss, die andere Hälfte vom Kanton des Sitzes der Arbeitgeberin.

Gebundene Selbstvorsorge (Säule 3a)

Arbeitnehmer und selbständig Erwerbende können bis maximal fünf Jahre nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters steuerlich abziehbare Einlagen in die Säule 3a leisten, sofern sie weiterhin ein Erwerbseinkommen erzielen. Das jährliche Maximum beträgt für Steuerpflichtige mit Säule 2 CHF 6'768, für solche ohne BVG-Anschluss 20% des Erwerbseinkommens, maximal CHF 33'840 (Stand 2016). Werden diese Beiträge auf mehrere Konten einbezahlt, können sie gestaffelt bezogen und damit die Steuerbelastung infolge der Brechung der Progression reduziert werden.

Empfehlung

Das schweizerische Vorsorgesystem ist komplex. Es bietet jedoch verschiedene, interessante Gestaltungsmöglichkeiten. Nutzen Sie diese!

GHR TaxTeam

Gerhard Roth
Michael Walther
Regina Schlup Guignard, LL.M.
T +41 (0)58 356 5050
F +41 (0)58 356 5059

(gerhardroth@ghr.ch)
(michaelwalther@ghr.ch)
(reginaschlup@ghr.ch)